

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 15.01.2009 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Günther

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May

Stadtrat E. Müller (bis 19.45 Uhr, Ziffer 4)

Stadtrat M. Müller (bis 20.58 Uhr, Ziffer 18, ohne Ziffer 5 – 7))

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank (bis 20.50 Uhr, Ziffer 17)

Stadtrat Stiller

Stadträtin Stocker (bis 20.50 Uhr, Ziffer 17)

Stadtrat Weiglein (bis 20.45 Uhr, Ziffer 17)

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Heisel

Stadträtin Glos

Stadträtin Kahnt

Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag

Bürgermeisterin Regan (bis 20.15 Uhr, Ziffer 14)

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Stadtrat Pauluhn

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen)

Herr Pfreizinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Groß

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab
Stadtrat Konrad

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass der Punkt 1 der Tagesordnung „Kinderkrippe Etwashausen; Anbau einer Kinderkrippe; Beschluss zum Planungsauftrag“ aufgrund Klärungsbedarf von der Tagesordnung genommen werde. Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Antrag Nr. 23-08 der KiK-Stadtratsfraktion:

Bevorstehende Veränderungen im städtischen Tochterunternehmen LKW

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) KiK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof als Antragsteller geht ausführlich auf seine Anträge ein und stellt dar, weshalb sich die Energiepolitik der LKW schnellstens ändern müsse. Er fordert eine Aufnahme von regenerativen Energien. Die Haltung der Verwaltung, den Kauf der Thüga nicht finanzieren zu können, hält er für unflexibel. Gleiches gelte für die Informationspolitik der Verwaltung. Durch die Änderung der Verträge könne man dies ändern. Hinsichtlich der Erweiterung durch die Gesellschafterversammlung, zieht er seinen ursprünglichen Antrag zurück und beantragt, lediglich den Oberbürgermeister darin zu entsenden. Er spricht seinen Unmut darüber aus, dass die Gewinnmaximierung der Daseinsvorsorge vorgehe und verweist auf defizitäre Einrichtungen, die durch einen Preisaufschlag finanziert würden. Seiner Auffassung nach müsste eine Kommission eingerichtet werden, in der die zukünftige Energiepolitik der Stadt erörtert werde. Abschließend stellt er dar, dass er mit seinen Anträgen der LKW nicht schaden wolle. Vielmehr hoffe er auf einen gemeinsamen Dialog, wie die Energiepolitik der Stadt und der LKW sinnvoll weitergeführt werden könne.

b) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm als Referent für Umwelt, Energie und Ökologie unterstützt im Grunde die Aussagen von 2. Bürgermeister Christof. Seiner Auffassung nach werden hiermit keine Ängste geschürt. Vielmehr sei es nötig, dass in erneuerbare Energien investiert werde, um zu einem Energiemix zu kommen. Er stellt dar, dass man die LKW nicht gefährden möchte und deren Gewinne für den städtischen Haushalt eine feste Größe darstellen. Abschließend stellt er fest, dass er die Erweiterung der Gesellschafterversammlung befürworte beispielsweise um den Aufsichtsrat der Stadtbetriebe GmbH bzw. um die Mitglieder des Umweltbeirates.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt stellt dar, dass die UsW mehrheitlich keine Notwendigkeit in der Veränderung bei der LKW sehe. Die Zusammenarbeit zwischen der Thüga, der LKW sowie der Stadt habe sich bewährt. Eine Aufnahme von regenerativen Energien bedarf keiner Veränderung des Vertrages. Vielmehr sei hierfür ein offener Dialog aller Beteiligten nötig. Hierfür sollte auch der Umweltbeirat dienen. Die Informa-

tionspolitik der Verwaltung müsste sich verbessern. Abschließend stellt er dar, dass die LKW eine moderate Preispolitik habe, wovon alle Bürger profitieren.

- d) CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Rank stellt dar, dass die CSU alle vorliegenden Anträge ablehne.
- e) SPD-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Dr. Endres-Paul stellt ebenfalls dar, dass die SPD gegen die vorliegenden Anträge stimme. Ihrer Auffassung nach seien Grundlage der Anträge lediglich Vermutungen, wodurch das gute Verhältnis zur LKW gestört werden könnte.
- f) FW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wallrapp lehnt den Antrag auf Verkauf der Anteile der Thüga ab. Dem Antrag auf Erhöhung der Anzahl der Mitglieder in der Gesellschafterversammlung stimme sie zu. Auch wenn die Mitglieder kein Stimmrecht hätten, so wären alle Fraktionen und Gruppen in gleicher Weise informiert und könnten bei der Preisgestaltung mitsprechen.
Dem Antrag der ödp könne sie ebenfalls nicht zustimmen.
Bezüglich des letzten KIK-Antrages verweist sie auf die moderate Preispolitik der LKW, den freien Markt sowie dem bürgernahen Service und lehne diesen ebenfalls ab. Den Einbezug von erneuerbarer Energien bittet sie zu forcieren.
- g) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Pauluhn stellt dar, dass man mit den Anträgen nicht die Arbeit der LKW gänzlich in Frage gestellt habe. Jedoch sei es nötig, dass über die Energiepolitik der LKW gesprochen werde. Seiner Auffassung nach müssen die alternativen Energien seitens der LKW mehr Beachtung geschenkt werden. Darüber hinaus spricht er die Eigenenergieerzeugung seitens der LKW an. Den Anträgen der KIK, ausgenommen den Erwerb der Thüga Anteile, stimme die ödp zu.

B. Ohne Abstimmung

- 1) Von folgendem Sachverhalt wird Kenntnis genommen:
 - a) Nach derzeitigem Erkenntnisstand scheidet Thüga nicht als Partner der LKW aus.
 - b) Falls wider Erwarten die Thüga-Anteile an der LKW doch veräußert werden sollten, hat die Stadtbetriebe GmbH ein Vorkaufsrecht.
 - c) Die Ausübung des Vorkaufsrechts würde jedoch mit erheblichen finanziellen Problemen verbunden sein. Außerdem wäre die nachhaltige Wirtschaftlichkeit einer solchen Transaktion nicht garantiert.
 - d) Neben dem Erwerb der Anteile wäre eine fachliche Beratung und Betreuung einzukaufen, sowie eine sinnvolle bzw. wirtschaftliche Einkaufsmöglichkeit von Energie sicherzustellen.

C. Mit 24 : 4 Stimmen

- 2) Aufgrund der dargestellten Sachlage sind keine weiteren Überlegungen zum Erwerb der Thüga-Anteile anzustellen.

2. Antrag Nr. 22-08 der KIK- Stadtratsfraktion.

Erhöhung der Anzahl der in die Gesellschafterversammlung der LKW entsandten Mitglieder des Stadtrats auf 12 Personen

A. 2. Bürgermeister Christof zieht seinen Antrag auf Erhöhung der Anzahl der Mitglieder zurück und beantragt neu, dass ausschließlich der Oberbürgermeister in die Gesellschafterversammlung der LKW entsandt werde.

Stadträtin Wallrapp verweist auf ihren Antrag aus der Sitzung des Finanzausschusses, wonach die Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtbetriebe GmbH automatisch in die Gesellschafterversammlung der LKW entsandt werden und bittet um Abstimmung.

Die UsW beantragt es bei der bisherigen Situation zu belassen.

Oberrechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass dieser Beschluss durch den Oberbürgermeister nicht vollzogen werden könne, nachdem hiermit auch der Gesellschaftervertrag geändert werden müsste, wofür 75 % der Mitglieder der Gesellschafterversammlung nötig wären.

B. Mit 11 : 17 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtbetriebe GmbH automatisch in die Gesellschafterversammlung der LKW entsandt werden.

C. Mit 17 : 11 Stimmen

Es bleibt bei der bisherigen Situation.

D. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass somit nicht mehr über den Antrag von 2. Bürgermeister Christof abgestimmt werden müsste und es bei der bisherigen Regelung bleibe.

3. Antrag der KiK-Stadtratsfraktion vom 27.06.2008 (ohne Nummer):

Preisgestaltung für Energie der Kitzinger Stadtwerke LKW

Mit 24 : 4 Stimmen

1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2) Gegenüber der dargestellten bisherigen Praxis werden im Bezug auf die im Sachvortrag dargelegten Punkte keine Änderungen vorgenommen.

Die Niederschriften aus der Gesellschafterversammlung werden den Stadträte zeitnah schriftlich zur Kenntnis gegeben, soweit es keine Geheimhaltungspflichtige dinge enthalten.

4. Antrag der ödp - Stadtratsgruppe vom 20.11.2008:

Aufnahme des Umweltreferenten in die Gesellschafterversammlung der LKW Kitzingen

Mit 21 : 7 Stimmen

1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2) Es verbleibt bei der bisherigen Regelung zur Besetzung der Gesellschafterversammlung der LKW Kitzingen, wonach die Stadt Kitzingen vier Vertreter (darunter der jeweilige Oberbürgermeister) in die Gesellschafterversammlung ent-

sendet.

- 3) Der Widerruf eines der entsandten Mitglieder im Austausch gegen den Umweltreferenten erfolgt nicht.
- 4) Die Zulassung des Umweltreferenten als Gast (mit Frage und Rederecht) wird abgelehnt.

Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.45 Uhr bis 19.50 Uhr.

5. Budget Kindergärten/Kinderkrippen, UA 4642 - 4649

Mit 26 : 0 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2009 wird auf 19.900,00 € festgesetzt.

6. Budget Öffentliche Toiletten, UA 7191

Mit 26 : 0 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2009 wird auf 54.860,00 € festgesetzt.

7. Budget Amt 2, SG 232, Forstbetrieb, UA 8551

Mit 25 : 1 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2009 wird auf 64.210,00 € festgesetzt.

8. Budget Amt 2, Sonstiges Allgemeines Grundvermögen, UA 8891

Mit 27 : 0 Stimmen

Das Überschuss-Budget für das Jahr 2009 wird auf 93.650,00 € festgesetzt.

9. Budget Wohn- und Geschäftsgrundstücke, UA 8801

Mit 27 : 0 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2009 wird auf 62.550,00 € festgesetzt.

10. Budget Unterkünfte Obdachlose, UA 4351

Mit 27 : 0 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2009 wird auf 75.180,00 € festgesetzt.

11. Budgetfestlegung für 2009
Heimat- und Kulturpflege UA 3400

Mit 27 : 0 Stimmen

Die Budgetsumme für Heimat- und Kulturpflege im Jahr 2009 wird auf 98.480,00 € festgelegt.

Einahmen: 4.000,00 €
Ausgaben: 102.480,00 €

12. Budgetierung von städtischen Einrichtungen: Teilbudgets der Schulen ab 2009

Mit 27 : 0 Stimmen

Ab dem Haushaltsjahr 2009 werden für die Schulen in der Sachaufwandsträgerschaft der Stadt Kitzingen folgende Basis-Budgetsätze festgelegt:

St.-Hedwig-Schule (Ring A024)	43 €
Volksschule KT-Siedlung Grundschule (Ring A070)	43 €
Volksschule KT-Siedlung Hauptschule (Ring A072)	75 €
D.-Paul-Eber-Schule (Ring A071)	75 €
Friedrich-Bernbeck-Schule (Ring A073)	75 €

13. Budgetierung der Betriebskosten der städt. Schulen

Mit 27 : 0 Stimmen

Im Haushalt 2009 wird für das Budget „Schulen – Betriebskosten“ eine Gesamtsumme von 475.790 € bereitgestellt.

14. Umgestaltung Bahnhofsumfeld
Errichtung eines Parkhauses über dem geplanten Zentralen Omnibusbahnhof
Antrag der CSU-Fraktion vom 12.11.2008

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Antrag der CSU ein und stellt dar, dass gegenwärtig die Verhandlungen mit der Bahn andauern und deshalb die Verwaltung ohnehin keine Anstrengungen in die Errichtung eines Parkhauses stecke. Er bittet um Beschlussfassung, dass der Antrag so lange zurückgestellt werde, bis die Verhandlungen mit der Bahn abgeschlossen seien.

Stadtrat Rank als Antragsteller geht kurz auf den Antrag der CSU ein und verweist auf die finanzielle Situation der Stadt. Als alternative und zur kurzfristigen Umsetzung könne er sich vorstellen, die im Eigentum der Stadt liegenden Bahnbetriebsbauten abzureisen und an dieser Stelle Parkplätze zu schottern.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Verwaltung dies ebenfalls angedacht habe. In der Sondersitzung am 20.01.2009 werde man über die Möglichkeiten berichten. Es werde deutlich, dass die Umsetzung der Gesamtmaßnahme bis 2011 nicht möglich sei. Priorität müssten der Zugang zur Stadt (Friedrich-Ebert-Straße), der Bahnhofsvorplatz sowie die Parkplätze haben. Er verweist kurz auf die Verhandlungen mit der Bahn, die zu einem Verkauf der nördlichen Flächen grundsätzlich bereit wären, die Stadt jedoch die dann nötigen Umbaumaßnahmen in Höhe von 500.000 € selbst übernehmen müsse. Gegenwärtig werde geprüft in welchem Bereich der nörd-

lichen Flächen die Parkplätze entstehen könnten, ohne dass die Umbaumaßnahmen notwendig werden.

Stadträtin Wallrapp stellt den Antrag, dass in den nächsten 4 Wochen ein Ergebnis mit der Bahn vorliegen müsse und bittet die Verhandlungen zu forcieren.

Stadtrat Schmidt stellt bzgl. des Antrags der CSU dar, dass man auch Gegenrechnen müsse, welche Grundstückskosten man durch den Bau eines Parkdeckes einsparen würde. Darüber hinaus gibt er zu Bedenken, ob der Busbahnhof in den südlichen Flächen umgesetzt werden könnte, wenn im gleichen Bereich einzelne Parkplätze entstehen sollen.

B. Mit 26 : 0 Stimmen

1. Vom Antrag der CSU-Fraktion vom 12.11.2008 Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der CSU-Fraktion vom 12.11.2008 zur Einstellung der Planungen zur Errichtung eines Parkhauses wird zurückgestellt, bis die laufenden Grundstücksverhandlungen über zusätzliche Flächen mit der Bahn AG im Bereich nördlich der Güterhalle abgeschlossen sind.

C. Oberrechtsrätin Schmöger geht in diesem Zusammenhang kurz auf die Handhabe zu eingehenden Anträgen ein und stellt dar, dass nach der Geschäftsordnung die Verwaltung keine materielle Prüfungspflicht habe. Aus diesem Grund werden Anträge, die einen größeren Prüfungsumfang haben könnten, dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben mit dem Arbeitsauftrag an die Verwaltung, den Antrag zu prüfen und eine Sitzungsvorlage zu erstellen.

15. Information von Oberbürgermeister Müller Bürgerversammlung am 09.02.2009

Oberbürgermeister Müller verweist auf einen Termin für die Bürgerversammlung am 09.02.2009 in der unter anderem die Angelegenheit Mainkai behandelt werde und fragt nach, ob es Einwände gegen diesen Termin gebe.

Stadtrat Weiglein bittet mit Blick auf die weiteren terminlichen Verpflichtungen in dieser Woche die Bürgerversammlung anderweitig zu terminieren.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

16. Information von Oberamtsrat Hartner Stadtfest mit Stadtpartnerschaftsjubiläum und Europawahl

Oberamtsrat Hartner weist darauf hin, dass während des Stadtfestes, bei dem auch die Jubiläumsfeierlichkeiten zur Städtepartnerschaft mit Prades und Montevarchi sowie die Neubegründung der Partnerschaft mit Trebnitz stattfinden soll, die Europawahl terminiert sei. Nachdem in Italien gleichzeitig die Provinzwahlen stattfinden wird das Jubiläum auf – voraussichtlich – das Weinfest verschoben. Der partnerschaftlichen Begründung mit Trebnitz könnte somit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Im Folgenden fragen die Stadträte nach, nachdem die Verlängerung des Stadtfestes auf drei Tage nur aufgrund des Städtepartnerschaftsjubiläums erfolgte, ob dennoch ein ausreichendes Programm entstehen könnte und wie es sich dann mit den Kosten verhalte, nachdem zum Weinfest (Städtepartnerschaftsjubiläum) nochmals Kosten anfallen müssten.

Oberamtsrat Hartner stellt dar, dass der Freitag sowie Teile des Samstags bzw. Sonntags bereits fest geplant seien und die ersten Buchungen stattgefunden hätten. Aus diesem Grund befürworte er ein 3-tägiges Stadtfest, auch weil man Trebnitz zu 3 Tagen

Stadtfest eingeladen habe. Hinsichtlich der Kosten ist er der Auffassung, dass sich diese sogar eher reduzieren würden, nachdem nicht zeitgleich sehr viele Gäste in Kitzingen wären und man deshalb das Gros bei Gastfamilien unterbringen könnte.

17. Anfrage von Stadträtin Schmidt

Nichtöffentliche Behandlung der Sondersitzung bzgl. Vermögenshaushalt

Stadträtin Schmidt fragt nach, weshalb die Sondersitzung in Sachen Vermögenshaushalt nichtöffentlich sei.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die finanzielle Situation sehr angespannt sei und es deshalb nötig werde, alle Möglichkeiten offen anzusprechen. Daraus erhoffe man sich, manche Diskussionen bei den Haushaltsberatungen vermeiden zu können. Im Folgenden diskutieren die Stadträte, die die Sondersitzung im Grunde befürworten, über die Nichtöffentlichkeit der Sitzung. Es wird die Meinung vertreten, dass Haushaltsberatungen öffentlich zu sein haben und die Bürger den Eindruck hätten, dass hinter verschlossener Tür die Situation passend gemacht werde.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion diesbezüglich stellt Stadträtin Schmidt den Antrag auf öffentliche Behandlung.

Mit 8 : 15 Stimmen

Dem Antrag auf öffentliche Behandlung wird stattgegeben.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Sitzung nichtöffentlich sei, weist aber darauf hin, dass in dieser Sitzung keine Beschlüsse gefasst werden.

18. Anfrage von Stadträtin Wallrapp

Vortrag des Straßenbauamtes bzgl. Kreisverkehr an der E-Center-Kreuzung

Stadträtin Wallrapp erinnert an ihren Antrag, laut dem jemand vom Straßenbauamt die in einer Sitzung die Gründe erläutern sollte, weshalb der Kreisverkehr an dieser Stelle abgelehnt werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß stellt kurz dar, weshalb das Straßenbauamt den Kreisverkehr an dieser Stelle ablehne. Man verständigte sich auf folgendes Vorgehen. Er werde eine Verkehrszählung durchgeführt, anhand dessen Ergebnisses man entscheide, inwieweit ein Kreisverkehr in diesem Bereich sinnvoll sei

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.55 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer